

„Schleppende Ermittlungen“

GRUBE RÜMMELSHEIM „Lebensraum untere Nahe“ erhebt Vorwürfe gegen Staatsanwaltschaft

RÜMMELSHEIM/MAINZ (hg). Mit einer Dienstaufsichtsbeschwerde gegen eine Mainzer Staatsanwältin beim Generalstaatsanwalt in Koblenz reagiert der Verein „Lebensraum untere Nahe e.V.“ jetzt auf die aus seiner Sicht „schleppenden Ermittlungen“ gegen den Sprendlinger Unternehmer Thomas Gaul.

Die Mainzer Staatsanwaltschaft ermittelt seit fast zwei Jahren wegen des Verdachts auf Gewässer- und Bodenverunreinigung. „Bisher ohne Ergebnis“, ärgert sich der Vorsitzende der Rümmselheimer Bürgerinitiative, Dr. Gerhard Stumm.

Im April 2011 hatte der Rümmselheimer Umweltverein eine entsprechende Strafanzeige gegen den ehemaligen Betreiber der Rohstoffbetriebe im Norden von Rümmselheim erstattet. Der Verein äußert den Verdacht, das Unternehmen habe in der Grube „Rümmselheim II“ PAK-belastete, Krebs erregende Fremdmassen, die nicht durch Genehmigungen abgedeckt sind, eingebaut. Der Unternehmer Thomas Gaul hat diese Vorwürfe stets zurückgewiesen.

„Nicht vor Ort gewesen“

Die Vorsitzenden von „Lebensraum untere Nahe e.V.“, Dr. Gerhard Stumm und Hans Zahn, werfen der Mainzer Staatsanwaltschaft nun vor, „das Verfahren zu verschleppen und nicht in gebotenem Umfang zu ermitteln“.

Immerhin, so Zahn, habe Gaul in die Grube „Rümmselheim II“ zwischen der Gemein-

de und der südlichen Grenze des Büdesheimer Waldes 150 000 Kubikmeter Material eingebaut, für die das Unternehmen keinen Herkunftsnachweis vorlegen könne.

Die Staatsanwaltschaft, so Zahn weiter, habe es „bisher nicht für nötig gehalten, sich vor Ort einmal ein Bild von der Situation zu machen“. Bisher seien vier Bohrungen vorgenommen worden, um eine eventuelle Verunreinigung des Grundwassers zu untersuchen. Von den besagten 150 000 Kubikmetern sei aber „nicht eine einzige Schürfprobe entnommen worden“, kommentiert Zahn das Verhalten der Mainzer Staatsanwaltschaft.

In einem Brief an den „Lebensraum untere Nahe e.V.“ vom 20. Februar 2013 habe Oberstaatsanwältin Keller nun mitgeteilt, das Landesamt für Geologie und Bergbau Rheinland-Pfalz in Mainz habe bisher noch nicht alle Untersuchungsergebnisse geliefert. Zahn hält dies für eine „Schutzbehauptung“ der Staatsanwaltschaft. Vertreter des Landesamtes hätten ihm gegenüber die Darstellung der Oberstaatsanwältin bestritten und angegeben, sie hätten bereits vor einem Jahr alle Untersuchungsergebnisse den Mainzer Ermittlern zur Verfügung gestellt.

Der Umweltverein „Lebensraum untere Nahe e.V.“ hat inzwischen bei der Staatsanwaltschaft Mainz Akteneinsicht beantragt. Sollte diese verwehrt werden, werde der Verein juristisch gegen die Staatsanwälte in Mainz vorgehen, erklärten Stumm und Zahn.